

An

- die Delegierten des Länderrats
- die Mitglieder des Parteirats
- die Mitglieder des Bundesvorstands

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bundestagswahl 2013
Bewerbung

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 2. September 2012 wird der Länderrat klären, wie die beiden GRÜNEN Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt werden.

Nachdem Bundesvorstand und Parteirat einmütig vorgeschlagen haben, mit einem Duo als Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 2013 anzutreten, habe ich mich entschieden, für eine der beiden Positionen zu kandidieren. Ich würde dieses gerne wieder als Direktkandidat für den Wahlkreis 54 Göttingen tun. Ich werde zudem für den Platz 2 der niedersächsischen Landesliste zur Bundestagswahl kandidieren. Sowohl meinem Kreisverband wie dem Landesverband habe ich dies angekündigt.

In der Anlage ist meine Begründung für die Spitzenkandidatur beigefügt: *Eine andere Politik ist möglich.*

Dabei freue ich mich auf Eure Unterstützung.

Mit herzlichen Grüßen



WAHLKREIS- UND REGIONALBÜRO
LANGE GEISMARSTR. 73
37073 GÖTTINGEN

☎ +49 551 531-60 90

☎ +49 551 531-5460

JUERGEN.TRITTIN@WK.BUNDESTAG.DE

BÜRO BERLIN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247

☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE

WWW.TRITTIN.DE

Eine andere Politik ist möglich

Warum es auf uns GRÜNE ankommt

Bad Governance

Deutschland wird so schlecht regiert wie lange nicht. Selten hat es eine Legislaturperiode gegeben, die so von Lethargie und so wenig von Legislatur - also von Gesetzgebung - geprägt war. Schwarz-Gelb trat an, den Stillstand der großen Koalition zu überwinden. Nachdem die Träume einer nachholenden neoliberalen Revolution an der Wirklichkeit der Finanzkrise scheiterten, schalteten CDU, CSU und FDP auf Selbstblockade.

Schwarz-Gelb wurde so zur organisierten Verantwortungslosigkeit - in Kernfragen heillos zerstritten. Eine noch pro-europäische CDU liegt im Dauergezänk mit ihrer antieuropäischen Schwesterpartei aus Bayern und der in ihrer Existenz bedrohten FDP. Erpressung mit dem Koalitionsbruch und Kuhhandel ist zum durchgehenden Muster des Regierungsdiskurses geworden: Betreuungsgeld gegen Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus - und für die FDP fällt dann was für die Versicherungskonzerne und die Hotellerie ab.

Selten hat eine Regierung ihre Verfassungsverachtung so offen demonstriert. Vom Asylbewerberleistungsgesetz bis zum Wahlgesetz wurden schwarz-gelbe Gesetze in Serie vom Bundesverfassungsgericht kassiert.

Wenn sich die Koalition doch einmal bewegte, dann weil Gesellschaft und Wirklichkeit sie zwangen. Die 180-Grad-Wende wurde zum Markenzeichen der zweiten Kanzlerschaft Merkels. Ob Abschied von der Wehrpflicht, Einstieg in die Kinderbetreuung unter 3 Jahren oder die Rolle Rückwärts zum Atomausstieg, Schwarz-Gelb machte das Gegenteil des eigenen Programms zur Politik. Am Ende flehte die Koalition Opposition und Mehrheit im Bundesrat an, doch das eigene Meldegesetz zu kassieren, bevor es in Kraft trat.

Aber die erzwungene 180-Grad-Wende ist keine Basis für gute Politik. Bestes Beispiel: die Energiewende, die von der Regierung 2011 als Jahrhundertaufgabe ausgerufen wurde und die sie nun vor die Wand fährt. Dabei entscheidet ihr Gelingen über die Zukunft des Industriestandorts Deutschland in Zeiten beschleunigten Klimawandels. Die Welt schaut darauf, ob Deutschland der Umbau zu einer erneuerbaren, klimaverträglichen Energieversorgung gelingt. Schwarz-Gelb versagt.

Bad Governance in Deutschland ist auch eine Personalfrage. Ein Außenminister, der Langzeitarbeitslosen lieber „spätromische Dekadenz“ nachsagt als für die Sicherung der Römischen Verträge zu streiten. Eine Frauenministerin gegen die Quote. Eine Wissenschaftsministerin, die plagiiert haben soll. Ein Verkehrsminister, der unter Lenkung versteht, Steuergeld nach Bayern umzulenken. Ein Innenminister, der innerhalb von drei Wochen sämtliche Sicherheitsbehörden Deutschlands enthauptet. Ein Umweltminister, der ein Jahr nach Beschluss der Energiewende verkündet, erst in einigen Monaten gäbe es einen Plan zu deren Umsetzung. Und ein Wirtschaftsminister, dessen „leichtfertiges Gequatsche“ (Jean-Claude Juncker) bei allen konservativen Regierungen Europas blankes Entsetzen auslöst.

Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit der Union haben mit Christian Wulff und Karl-Theodor zu Guttenberg einen vernichtenden Schlag bekommen. Beide stehen heute als Synonym für einen Verfall politischer Kultur in der politischen Rechten, die sich sonst so gerne bürgerlicher Tugenden rühmt.

An der Wirklichkeit gescheiterte politische Programmatik und ein Personal, das es nicht kann – das sind die Gründe warum Schwarz-Gelb elf Wahlen in Folge verloren hat.

Die Krise des demokratischen Kapitalismus

Die Selbstblockade Deutschlands hat dramatische Folgen für das gemeinsame Europa.

Die Krise, die Europa heimsucht, ist keine bloß ökonomische. In vielen makro-ökonomischen Daten steht Europa besser da als Japan oder die USA. Die Krise, die Europa heimsucht, ist eine politische. Europa hat nicht die Institutionen, um die Krise des Vertrauens in die zweitwichtigste Währung der Welt zu beenden. Und es hat keine regierenden Politiker mit dem Mut und der Kraft, diesen institutionellen Mangel durch entschlossenes Handeln auszugleichen.

Der Geburtsfehler einer Währungsunion ohne Krisenmechanismus und ohne Wirtschaftsunion ist auch vier Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise nicht behoben. Zu lange haben *Merkozy* die Krise dazu missbraucht, die vorhandenen europäischen Institutionen zu schleifen statt zu stärken. Der Zerfall der Eurozone und damit die Revision eines Kernstücks des gemeinsamen Europas ist zu einer realen Gefahr geworden. Deutschland blockiert bis heute die notwendigen Schritte hin zu mehr Europa – von einer Bankenunion bis zum Altschuldentilgungsfonds.

Den falschen Rezepten liegt eine falsche Analyse der Krise zu Grunde. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, wird eine Krise mangelnder Bankenregulierung, hoher privater Verschuldung und extremer wirtschaftlicher Ungleichgewichte auf eine bloße Staatsschuldenkrise reduziert, verursacht durch zu hohe Staatsausgaben - zu beheben durch Sparen und Rückführung des Staates. Das sind die alten Litaneien der neoliberalen Dekade.

Diese Bundesregierung hat es nie verstanden, dass mit der Finanzkrise 2008 der Neoliberalismus ans Ende gekommen ist. Nein, der Markt allein richtet es nicht. Ohne Staaten wäre das Bankensystem zusammengebrochen. Wir brauchen keine „marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel), sondern einen starken demokratischen Rahmen, damit Märkte funktionieren können.

Doch die *Krise des demokratischen Kapitalismus* (Wolfgang Streeck) geht tiefer. Es geht um einen grundsätzlichen Konflikt zwischen privater Aneignung und demokratischer Teilhabe. Mit dem Crash von 2008 sind alle Scheinauswege aus diesem Konflikt gescheitert. Es wird in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nicht mehr jene Wachstumsraten geben, die in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg überschäumende Gewinne wie reale Lohnsteigerungen zusammenbrachte. Den daraus entstehenden Verteilungskonflikt in die Zukunft zu verlegen, sei es durch Staatsverschuldung oder durch die private Verschuldung, trägt nicht mehr.

Umsteuern für mehr Teilhabe

Deshalb dürfen die Parteien der linken Mitte nicht zu kurz springen. Die Rückkehr zu einem falsch verstandenen Keynesianismus, also zur Lösung der Verteilungskonflikte durch Verschuldung, ist keine Option. Das zeigt die aktuelle Krise. Die demokratische Politik ist durch Verschuldung - durch eigene Schuld - von den Finanzmärkten abhängig geworden. Dafür zahlt sie nun einen hohen Preis in Form hoher Zinsen.

Staatliche Aufgaben müssen aus Einnahmen finanziert werden. Wie schwer das ist, erleben wir in den Kommunen und Ländern. Wenn selbst der grüne Ministerpräsident im wirtschaftlich starken Baden-Württemberg tausende Lehrerstellen streichen muss, wenn hunderte Kommunen Nordrhein-Westfalens in der Haushaltsnotlage sind, dann sind das die harschen Nachwirkungen einer neoliberalen Dekade, in der „Markt vor Staat“ ging. Diese strukturelle Unterfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden nehmen wir Grüne nicht länger hin.

Die privaten Vermögen einer kleinen Oberschicht sind in den letzten Jahrzehnten explodiert. Die Rechte behauptet, das sei der Ausfluss von Leistung. Das ist nicht nur zynisch. Die überproportionale Aneignung der Produkte und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft durch Wenige ist kein Ausfluss von übermenschlichen Leistungen, sondern Resultat amoralischer und volkswirtschaftlich desaströser Politik. Durch die Aushöhlung der Kaufkraft und die Erosion der Mittelschichten bedroht sie die Existenz des demokratischen Kapitalismus selbst. Jahrzehntelang hieß es: „Wir können uns das nicht mehr leisten!“ Unsere Volkswirtschaft kann sich die exorbitante private Aneignung durch Renditen und Boni, bei Sozialisierung der Verluste, nicht mehr leisten.

Denn gute Kitas und Ganztagschulen, in denen alle nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden können, kosten Geld. Öffentliche Räume, die ohne Barrieren auch für Behinderte umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, kosten Geld. Eine existenzsichernde verfassungskonforme Grundversicherung, die Menschen ohne Job ein Leben in Würde ermöglicht, kostet Geld. Nur eine handlungsfähige öffentliche Hand kann eine umfassende Teilhabe aller ermöglichen, nur sie kann überhaupt demokratische Politik umsetzen und ausüben.

Mehr Teilhabe gibt es nur mit mehr Staat. Wer also Teilhabegerechtigkeit will, muss umverteilen. Deshalb haben wir Grüne den Mut zu einer gestaltenden Politik, die die Verteilungsfrage nicht nur stellt, sondern auch beantwortet. Wir Grüne wollen eine einmalige befristete Vermögensabgabe für Millionäre einführen, um die Schulden aus der Krise abzubauen. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 49% erhöhen, die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer verdoppeln und die Ungleichbehandlung bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital abschaffen. So entstehen Spielräume für Investitionen in gesellschaftliche Teilhabe - und stabilere wirtschaftliche Verhältnisse.

Eine neue Verteilungsgerechtigkeit unter den Bedingungen dauerhaft mäßiger Wachstumsraten ist so nicht nur eine Frage der Moral. Sie ist der Kern ökonomischer Vernunft.

Sie ist aber zudem ein Schlüssel für die Mehrheitsfähigkeit. Rot-Grün hat in Deutschland 2005 die Mehrheit nicht wegen der eingeleiteten Strukturreformen verloren – sondern weil es dabei nicht gerecht zu ging. Weil diejenigen, die wenig

schultern konnten, mehr schultern mussten und umgekehrt. Deshalb bedarf es einer Politik struktureller Reformen bei einem Mehr an Gerechtigkeit.

Eine andere Mehrheit für eine andere Politik

Wer anders als wir Grüne sollte dieses angehen? Waren wir es nicht, die die Frage wirtschaftlichen Handelns in den ökologischen Grenzen unseres Planeten in den Mittelpunkt aller Wirtschaftspolitik gestellt haben? Haben wir nicht die Frage der Generationengerechtigkeit an den Anfang unseres politischen Handelns gestellt: *Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!*

Wer hat den Mut, der Autoindustrie ebenso an die Subventionen für die Dienstwagen zu gehen wie der Chemieindustrie an die Mineralölsteuerbefreiung? Wer mag sich nicht mit dem Ehegattensplitting abfinden und dem Wahnsinn der Mehrwertsteuersubvention für Hoteliers, Schnittblumen und Skilifte? Und mit wem wird es die Einführung einer Vermögensabgabe zur Schuldentilgung geben? Nur mit uns, der sozial-ökologischen Bürgerrechtspartei der linken Mitte.

Der strukturelle Umbau einer Wirtschaft und Gesellschaft erfordert seriöse Konzepte und die nötige Konfliktbereitschaft gegenüber den immer präsenten und immer starken Bremsern und den Privilegierten des Status Quo. Werte und Ziele sowie die Beharrlichkeit und Zähigkeit sie umzusetzen – das ist der Kern grüner *Good Governance*.

Wir Grüne wollten von Beginn an diese Gesellschaft verändern - sie nachhaltiger, gerechter, demokratischer machen.

So haben wir in Deutschland vieles verändert. Wir wissen, wie schwer manchmal selbst kleine Schritte durchzusetzen sind. Wir erleben täglich, wie viel schief geht, wenn andere grüne Politik machen wollen. Die Erfolge, die wir schon erreicht haben, sind immer wieder von Rückschritten bedroht - sei es der Ausstieg aus der Atomenergie oder die Energiewende.

Wir Grüne haben gezeigt, dass harte Opposition gerade darin besteht, politische Alternativen aufzuzeigen. Es ist unbequem, nicht allen alles zu versprechen, sondern ehrliche politische Prioritäten gerade vor dem Hintergrund einer Finanzkrise zu definieren. Aber es ist notwendig. Eine andere Politik ist nicht nur möglich. Sie ist machbar.

- ↳ Wir sind die Architekten der Energiewende: mit einem klar finanzierten Energiesparfonds, mit neuen Regeln für neue Energiemärkte. Mit einem Klimaschutzgesetz machen wir Deutschland wieder zum internationalen Vorreiter. Der Zerstörung von Regenwäldern und der grassierenden Fehlernährung begegnen wir mit einer Begrenzung der Massentierhaltung hier.
- ↳ Wir zeigen im Wahlkampf sehr konkret, wie wir mit einem flächendeckenden Mindestlohn, einer verfassungskonformen Grundsicherung, mit einer Vermögensabgabe und der Bürgerversicherung für Alle mehr Gerechtigkeit schaffen wollen.
- ↳ Wir unterlegen den Aufbruch zu mehr Teilhabe mit einer Einbürgerungsoffensive ohne Optionsregelung und einer Frauenquote für Aufsichtsräte. Wenn viele Menschen zu Recht von der Politik mehr Demokratie und Transparenz erwarten, haben wir mit unseren Vor-

schlagen zu mehr Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren und gesetzlich gesicherter Informationsfreiheit konkrete Antworten.

- ✎ Wir kämpfen für mehr Europa und für mehr Demokratie in Europa. Wir wollen, dass Deutschland als verlässlicher Akteur seiner globalen Verantwortung gerecht wird. Wir setzen uns ein für mehr globale Gerechtigkeit und zeigen mit unserer Forderung nach einem Rüstungsexportgesetz eine klare Alternative zur schwarz-gelben Außenpolitik auf, die Profite über Menschenrechte stellt.

Wir müssen überzeugend klar machen: Nur mit starken Grünen an der Regierung gibt es wirklich eine Hoffnung, dass dieses zentrale Land in der Mitte Europas seiner Verantwortung für Europa gerecht wird, dass es den Klimaschutz ernst nimmt, dass es wieder gerechter zu geht und dass die gesellschaftliche und demokratische Modernisierung weitergeht.

Wer sonst soll das leisten, die opportunistische Union, die ideenlosen Sozialdemokraten, ahnungslose Freibeuter oder gar die neoliberale Business Class von Brüderle, der für Waffenexporte nach Saudi-Arabien und Katar kämpft?

Grün entscheidet: Rot-Grün oder Große Koalition

Nein, dass Schwarz-Gelb wiedergewählt wird, ist nicht sehr wahrscheinlich. Dennoch ist die Wahl nicht entschieden. Die Alternative, um die es 2013 geht, lautet: Rot-Grün oder Große Koalition. Doch soll etwa auf die Selbstblockade von Schwarz-Gelb erneut der Stillstand des kleinsten gemeinsamen Nenners einer Großen Koalition folgen? Das wäre verheerend für Deutschland und Europa.

Diese Wahl wird über drei Fragen entschieden. Gibt es mehr Teilhabe durch mehr Verteilungsgerechtigkeit? Kommen wir durch Mehr Europa aus der Krise? Legen wir mit der Energiewende die Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft? In all diesen Fragen gibt es gesellschaftliche Mehrheiten links der Mitte, gibt es Zustimmung für grüne Antworten.

Es ist die Verantwortung der Parteien der linken Mitte, die gesellschaftliche Mehrheit für eine andere Politik machtpolitisch umzusetzen. Dabei kommt es darauf an zu zeigen, dass eine Koalition der linken Mitte im Herzen Europas *Good Governance* kann.

Es gibt dabei nichts zu verschenken. Es kommt dabei auf die GRÜNEN an. Es kommt auf uns an. Nur wenn wir auf unser Rekordergebnis 2009 noch einmal deutlich drauflegen, wird eine andere Mehrheit für eine andere Politik möglich sein.

Es wird nicht leicht. Aber es ist zu schaffen. 2009 regierten wir 2,5 Mio. Deutsche in Hamburg und Bremen. Heute stehen die Zeichen gut, dass im Frühjahr 2013 44 Mio. Deutsche zwischen der Förde und der Insel Mainau rot-grün regiert werden. Nimmt man Hamburg und Brandenburg hinzu können schon fast 50 Mio. Deutsche ohne CDU, CSU oder FDP in der Landesregierung leben. Ab September sollte Deutschland auch im Bund wieder ohne Schwarz und Gelb regiert werden.

Wenn wir die Menschen von GRÜNEN überzeugen, dann ist eine andere Politik möglich.

Packen wir es an.